Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief #110
28. Jahrgang | September 2021

Liebe Freundinnen und Freunde,

derzeit leiden Millionen Menschen unter den Folgen akuter Katastrophen. Hochwasser im Westen und Süden Deutschlands, eine extreme Hitzewelle in Südeuropa mit Waldbränden historischen Ausmaßes, die in diesen Tagen die Heimat vieler Menschen in Griechenland, der Türkei, Italien und auf dem Balkan zerstören. Solche Katastrophen zeigen, dass die Erhitzung der Erde längst Realität ist. Und in seinem neuen Sachstandsbericht warnt der Weltklimarat IPCC, dass all die bisherigen Katastrophen durch zuvor nie erreichte Extremwettereignisse zukünftig noch in den Schatten gestellt werden könnten.

Seit 2020 stehen die Zeiger der „Weltuntergangsuhr“ auf hundert Sekunden vor 12. Damit warnen renommierte Wissenschaftler:innen: Aufgrund der aktuellen Atomrüstungspolitik und der Klimaerhitzung befindet sich die Menschheit kurz vor dem Abgrund und wir sind dem Weltuntergang so nah wie noch nie zuvor. Wir brauchen dringend eine veränderte Welt, wenn wir überleben wollen. Dazu wird gehören müssen, die Atomwaffen abzuschaffen, bevor sie uns abschaffen! Und die Erde darf nicht weiter aufgeheizt werden! Die damit einhergehenden Herausforderungen für Politik und Gesellschaft sind riesengroß.

„Weil jetzt so ein Tag ist, ändert man nicht die Politik.“ Dieses Zitat des CDU-Politikers Laschet ging nach der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz durch die Medien. Diese entsetzliche Haltung zeigt, wie weit große Teile von Partei- und Regierungspolitik noch davon entfernt sind, angemessen und ernsthaft auf die stattfindenden und drohenden Katastrophen zu reagieren.

Wir brauchen eine neue Politik! Indem wir bei der Bundestagswahl „die richtige Partei“ wählen? Angesichts der Klimaerhitzung wäre es sicherlich wichtig, die Weichen in Richtung eines ökologischen Umbaus unserer Wirtschafts- und Lebensweise zu stellen. Aber wie bereits angedeutet gibt es weitere Bedrohungen, die durch Aufrüstung und Säbelrasseln verursacht werden, es gibt die Bedrohung durch Atomwaffen. Abrüstung und Entspannungspolitik wäre ganz wichtig. Ebenfalls eine Politik, die sich entschieden für soziale Gerechtigkeit und Abbau der Spaltung unserer Gesellschaft in Reich und Arm einsetzt. Und es braucht eine Politik, die sich in der aktuellen Krise einer im Zusammenhang mit Coronamaßnahmen tief gespaltenen Gesellschaft entgegenstellt und sich für den Dialog über die aufgerissenen Gräben hinweg einsetzt. Es gibt sicherlich noch weitere wichtige Punkte, die in eine persönliche Wahlentscheidung einfließen werden.

Aus dem Inhalt

- Nachrichten
- Eine andere Welt ist möglich - aber welche?
- Vielfalt der Beziehungen...
- Hiroshima-/Nagasaki-Gedenktage
- Teil der Welt
- Buchbesprechung Vandana Shiva
- Erklärung zu Afghanistan



Anlässlich der 76. Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki hat Lebenshaus Schwäbische Alb e.V. am 6. August eine gut besuchte Kundgebung in Gammertingen veranstaltet.

Allerdings wäre es aus meiner Sicht unabhängig vom Wahlausgang falsch, sich allzu sehr auf Parteien und Parlamente zu verlassen. Stattdessen ist die Zivilgesellschaft aufgerufen, sich zu engagieren. Die Welt neu zu denken und gemeinsam für grundlegende Veränderungen einzutreten, darauf sollte unser Hauptaugenmerk gerichtet sein. Auch über Wahlen hinaus.

Den meisten Parteien geht es allzu sehr um Wählerstimmen, als dass sie deutlich Positionen vertreten würden, bei denen massiv Gegenwind drohen könnte. Zudem stehen sie, spätestens wenn sie politische Macht in Regierungen und Parlamenten gewonnen haben, unter dem Einfluss bis hin zur Abhängigkeit von mächtigen



Demonstration gegen Atomwaffen in Deutschland am Fliegerhorst Büchel, 30. August 2008, etwa 2000 Teilnehmer:innen. Angeführt wird der Demonstrationszug in den ersten beiden Reihen von Mitgliedern des Lebenshaus Schwäbische Alb.

Interessen der Großkonzerne, Banken und Industrieverbände. Auch deshalb zeigen sich Parteien und Parlamente von sich aus als nicht in der Lage, die notwendigen tiefgreifenden Veränderungsprozesse anzustoßen.

Wie sehr der parlamentarische Weg eine große Anpassung bewirkt und alle scharfen Kanten im Laufe der Zeit abgeschliffen hat, kann man an der Partei Die Grünen sehen. Sie sind vor gut 40 Jahren mit einem sehr radikalen Anspruch angetreten, grundlegende Veränderungen erreichen zu wollen. Je mehr das Streben auf Regierungsbeteiligung ausgerichtet war, umso größer der Anpassungszwang und die Anpassungsbereitschaft.

Hoffnung auf veränderungswillige Zivilgesellschaft

Über den Weg von Parteien und Parlamenten werden wir in erster Linie dann entscheidende Schritte zur Lösung globaler Herausforderungen gehen können, wenn in der Zivilgesellschaft genügend Veränderungswillen sichtbar wird und entsprechender Druck auf Parteien und Regierungen ausgeht. Positiv ausgedrückt, können sich gutwillige Vertreter:innen von Parteien und Regierungen dann zu einem notwendigen Kurswechsel ermutigt sehen, wenn sie einen entsprechenden Rückhalt aus der Gesellschaft wahrnehmen können.

Wenn ich von Zivilgesellschaft rede, denke ich dabei in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland zunächst an die im Gefolge des Aufbruchs von „68“ in den siebziger und achtziger Jahren erblühten Neuen Sozialen Bewegungen. Das heißt die Frauen-, Bürgerinitiativen-, Alternativ-, Dritte-Welt-, Ökologie- und Friedensbewegung. Diese Bewegungen gibt es heute noch, wenn natürlich in veränderten Formen. Neue sind hinzugekommen, wie zum Beispiel in der jüngeren Vergangenheit die globalisierungskritische Bewegung um *Attac*, die von Schüler:innen ausgehende globale Bewegung *Fridays for Future* und die internationale Bewegung *Extinction Rebellion*, die mit zivilem Ungehorsam auf den drohenden Klimakollaps und das massive Artensterben aufmerksam macht.

Soziale Bewegungen sind keine Organisationen. Um sich zu bewegen, benötigen sie jedoch Organisationen. „Ohne das stetige Wirken von mehr oder weniger dauerhaften Bewegungsorganisationen aller Art sind erfolgreiche Mobilisierungen eher unwahrscheinlich“, stellen die Bewegungsforscher Roland Roth und Dieter Rucht in dem Handbuch „Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945“ fest.

Und in den vergangenen Jahrzehnten sind viele spezialisierte Vereine und Organisationen, Medien und Kultureinrichtungen sowie Netzwerke entstanden. In diesen schließen sich Menschen zusammen, um sich außerhalb von Parteien und Profitinteresse für Demokratie und Gesellschaft, für Menschenrechte, Frieden und Gerechtigkeit, für Umwelt und gegen Klimaerhitzung zu engagieren. Zivilgesellschaft in Deutschland, das ist insgesamt ein sehr buntes Gebilde. Und in diese zivilgesellschaftlichen Kräfte setze ich vornehmlich meine Hoffnung, wenn ich darüber nachdenke, von wem denn die erforderlichen tiefgreifenden Veränderungen ausgehen und getragen werden sollen, von denen ich eingangs gesprochen habe.

Da soziale Bewegungen und ihre Organisationen den „normalen Gang der Dinge“ stören, Partei ergreifen, sich für Interessen einsetzen, die ansonsten ausgegrenzt sind, bestehende Herrschaftsverhältnisse kritisieren und alternative Lebensstile formulieren und leben, sind sie natürlich auch umstritten. Deshalb treffen sie auf andere Akteure und Institutionen sowie auf bestimmte Herrschaftsverhältnisse, die ihre Anliegen ablehnen oder bekämpfen.

Drohende Gefahr: Entzug der Gemeinnützigkeit

Nun haben viele der zivilgesellschaftlichen Organisationen den Status der Gemeinnützigkeit. Dieser ist nicht nur Voraussetzung dafür, dass Spender:innen ihre Zuwendungen steuerlich geltend machen können, sondern auch für viele Fördermittel, für die Zusammenarbeit mit Dritten und indirekte Vorteile. Viele Organisationen sind nahezu existentiell auf diese Vorteile angewiesen. Denn ihre Arbeit müssen sie oft - je kritischer sie staatlichen Institutionen gegenüberstehen, umso mehr - durch private Spenden finanzieren.

Nun kommt es immer wieder vor, dass gerade sich politisch äußernden Organisationen die Gemeinnützigkeit verwehrt oder wieder entzogen wird. In den vergangenen Jahren waren davon u.a. das globalisierungskritische Netzwerk *Attac*, die Online-Plattformen *Campact* und *Change.org* sowie die antifaschistische *VVN-BdA* betroffen. Deshalb herrscht unter vielen gemeinnützigen Organisationen große Unsicherheit, was sie dürfen, ohne Gefahr zu laufen, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Auch uns als *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* treibt diese Sorge um, weil einfach unklar ist, ob das zuständige Finanzamt nicht eines Tages entscheiden könnte, dass unsere eindeutigen politischen Stellungnahmen nicht mehr als gemeinnützig angesehen werden. Aus diesem Grund waren wir auch 2015 Gründungsmitglied der *Allianz „Rechtssicher-*

heit für politische Willensbildung". Dieser Zusammenschluss von inzwischen über 180 Vereinen und Stiftungen fordert, die Gemeinnützigkeit für Organisationen der Zivilgesellschaft zu sichern, die Beiträge zur politischen Willensbildung leisten.

Doch Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht werden seit langer Zeit immer wieder aufgeschoben. Auch aktuell blockieren die Unionsparteien einen Kompromiss, der zumindest teilweise dabei weiterbringen würde, Aktivitäten, die gemeinnütziger nicht sein könnten, auch sicher als solche anzuerkennen.

Überprüfung der Gemeinnützigkeit

Normalerweise wird vom Finanzamt bei allen gemeinnützigen Organisationen alle drei Jahre überprüft, ob die Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit noch gegeben sind. Dieses Jahr war das bei uns wieder der Fall. Nach Abgabe der Steuererklärung nebst allen erforderlichen Unterlagen wie Finanzberichten, Geschäftsberichten und Protokollen unserer Mitgliederversammlungen der vergangenen drei Jahre, mussten wir noch ein paar Wochen mehr oder weniger gespannt auf das Ergebnis warten. Und dann gab es eine große Erleichterung, als wir mit Datum vom 22. Juli 2021 vom Finanzamt Sigmaringen wieder einen neuen Freistellungsbescheid in unseren Händen halten konnten (siehe hierzu ebenfalls bei „Nachrichten").

Natürlich werden wir uns weiterhin für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht einsetzen, das anerkennt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Aufgabe in der politischen Willensbildung wahrnehmen, ohne politische Partei zu sein.

Andererseits werden wir darauf eingestellt sein müssen, dass Engagement für einen grundlegenden Wandel sich mit einflussreichen Interessen anlegen muss und deshalb auch bekämpft wird. Vor diesem Hintergrund können zusätzliche Organisationen sinnvoll sein, die bewusst auf die staatliche



Finanzamt Sigmaringen
Steuernummer 85086/12112
(bitte bei Rückfragen angeben)

72488 Sigmaringen
Karlstr. 31
22.07.2021

Telefon (07571)101-310
Telefax 07571 101300
Zi.Nr.: 302

FA, Postfach 1250, 72481 Sigmaringen

Lebenshaus Schwäbische
Alb
z.Hd. Katrin Warnatzsch
Bubenhofenstr.3
72501 Gammertingen

Freistellungsbescheid
für 2018 bis 2020 zur
Körperschaftsteuer
und Gewerbesteuer

Feststellung

Umfang der Steuerbefreiung
Die Körperschaft ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit.
Sie ist nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.

Hinweise zur Steuerbegünstigung
Die Körperschaft fördert im Sinne der §§ 51 ff. AO ausschließlich und unmittelbar
mildtätige und folgende gemeinnützige Zwecke:
- Förderung der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe
  (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AO)
- Förderung des Umweltschutzes einschließlich des Klimaschutzes (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 AO)
- Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und
  Vertriebene (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 10 AO)
- Förderung der Hilfe für Opfer von Straftaten (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 10 AO)
- Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des
  Völkerverständigungsgedankens (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 13 AO)

Hinweise zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen

Anerkennung der Gemeinnützigkeit verzichten, um eindeutiger politisch agieren zu können. Zum Beispiel, um mit dem gewaltfreien Mittel des Zivilen Ungehorsams agieren zu können.

Mein Dank gilt allen Menschen, die sich mit uns auf diesem Weg befinden und die *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* unterstützen. Dadurch wird unser Engagement für einen gerechten Frieden sowie eine lebensfähige und lebenswerte Mitwelt überhaupt erst möglich. Gleichzeitig sehen wir in jeder Unterstützung ein Zeichen der Ermutigung, in unserem Engagement nicht nachzulassen.

Mit herzlichen Grüßen

Euer / Ihr



Michael Schmid

Bitte um weitere Unterstützung

Für sein gesamtes Engagement ist *Lebenshaus Schwäbische Alb* fast ausschließlich auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. die für diesen Herbst erneut geplante Tagung, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die Personalkosten für eine 30-Prozent-Teilzeitstelle und zwei Minijobs sowie möglichst Abbau von Verbindlichkeiten für das Gebäude erfordern erhebliche Finanzmittel.

Dabei sind wir weiter **auf Ihre und Eure Unterstützung und Solidarität angewiesen**. Wir freuen uns über jede Unterstützung, gerne mit einer Einzelspende oder gar regelmäßigen Spenden oder einer Fördermitgliedschaft.

Von Zeit zu Zeit machen wir die Erfahrung, dass ein persönlicher Anlass wie ein runder Geburtstag, eine Silberhochzeit, ein Todesfall, etc. zum Anlass genommen wird, um Spenden für unseren Verein zu sammeln.

Zudem kann mit einem Vermächtnis oder einer Erbeinsetzung gezielt eine gemeinnützige Organisation wie *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt werden. In diesem Fall entfällt die Erbschaftssteuer und das Erbe kommt in vollem Umfang der Arbeit für eine gerechtere, friedvollere und nachhaltigere Gesellschaft zugute.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die das Engagement des *Lebenshauses* möglich machen!

Gerne können zum Weitergeben oder Auslegen unsere Rundbriefe und Informations-Flyer angefordert werden.

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Tagung im Herbst 2021

Wie bereits angekündigt, bereiten wir für 16./17. Oktober 2021 nun die neunte Tagung „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht" sowie weitere Programmpunkte vor. Wir freuen uns darüber, dass es gelungen ist, ein sehr interessantes Programm zusammenzustellen, das dem beigefügten Einladungsflyer zu entnehmen ist.

Wir gehen davon aus, dass wir die Tagung trotz Corona-Krise durchführen können. Über Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, werden wir angemeldete Personen informieren.

Sollte noch jemand Einladungsflyer zum weiteren Verteilen oder Auslegen benötigen, so können solche gerne bei uns angefordert werden - gerne auch in größerer Stückzahl. Vorbereitung und Durchführung der Tagung ist mit sehr viel Arbeit und einigen Kosten verbunden. Zu deren Deckung sind wir auf Beiträge der Teilnehmenden und Spenden angewiesen. Wir freuen uns also auch hier über entsprechende Unterstützung.

Finanzamt erneuert Gemeinnützigkeit

Der Verein *Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.* erhielt mit Datum vom 22.07.2021 vom Finanzamt Sigmaringen erneut einen neuen Freistellungsbescheid, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken dient. Vorausgegangen war die Überprüfung durch das Finanzamt, ob unser Verein von der Satzung und der realen Geschäftsführung her noch die Voraussetzung für die Gemeinnützigkeit erfüllt. Eine derartige Überprüfung findet regelmäßig alle drei Jahre bei allen gemeinnützigen Organisationen statt.

Im neuen Bescheid des Finanzamtes heißt es, dass unser Verein im Sinne der Abgabenordnung ausschließlich mildtätige und u.a. folgende gemeinnützige Zwecke fördert: Förderung der Volks- und Berufsbildung, Förderung des Umweltschutzes einschließlich des Klimaschutzes, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Vertriebene, Opfer von Straftaten sowie Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Damit sind wir weiter berechtigt, für Spenden und Mitgliedsbeiträge Zuwendungsbestätigungen (Spendenbescheinigungen) auszustellen.



Wir müssen jetzt handeln, um die Klimakrise und das weltweite Artensterben einzudämmen und das 1,5-Grad-Limit des Pariser Klimaabkommens einhalten zu können. Bisher hat die Große Koalition auf den Protest von Millionen Menschen auf den Straßen nur halbherzig reagiert. Am 24. September gehen wir gemeinsam mit Fridays for Future auf die Straßen und geben unserem Aufruf für effektiven Klimaschutz Gesicht und Stimme. Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. ist erneut Teil eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses, das die Demonstrationen von Fridays for Future am 24.09.2021 unterstützt.

Aktuelles zum Mitmachprojekt „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten"

Mitte Februar 2021 haben wir mit der Veröffentlichung des *Lebenshaus*-Projekts: „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten" im Internet begonnen. Inzwischen konnten wir bereits vierzehn Geschichten von Kriegsdienstverweigerern aus der alten BRD und fünf von Wehr- und Waffendienstverweigerern aus der früheren DDR veröffentlichen. Wir freuen uns sehr über die große Resonanz und danken allen, die sich bisher beteiligt haben!

Wir laden einerseits zum Lesen dieser Geschichten ein. Andererseits freuen wir uns darüber, wenn sich weitere Betroffene aus Ost und West zum Schreiben entschließen können und uns ihre Geschichte für eine Veröffentlichung zur Verfügung stellen.

Link zur Website „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten": https://www.kriegsdienstverweigerer-geschichten.de

Eine andere Welt ist möglich – aber welche, und wie erreichen wir sie?

Von Julia Kramer

In einem neuen Projekt geht eine Projektgruppe des *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* mit Axel Pfaff-Schneider, Julia Kramer, Katrin Warnatzsch und Michael Schmid verschiedenen aktuellen Ansätzen für eine nachhaltigere, gerechtere und friedlichere Gesellschaft auf den Grund.

Seit langer Zeit steht auf dem Flyer des *Lebenshauses* das Motto des Weltsozialforums: „Eine andere Welt ist möglich". Eine gerechte, friedliche und ökologisch nachhaltige Welt, in der sich Menschen als Teil von Ökosystemen in Balance entfalten können, diese Vision teilt das *Lebenshaus Schwäbische Alb* mit vielen Menschen und Initiativen auf der ganzen Welt.

Die Corona-Pandemie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, was alles verändert werden kann, wenn es als Priorität betrachtet wird. Massive Eingriffe in die Wirtschaft, inklusive der fast umfassenden Einstellung des Flugverkehrs, die stellenweise Konversion von Waffenfirmen zu ziviler Produktion medizinischer Geräte, die Umsetzung eines (wenn auch geringen) bedingungslosen Grundeinkommens in Spanien, die massive Änderung des Alltags und der Gewohnheiten für einen Großteil der Menschheit, inklusive vieler flexibler lokaler Lösungen und Nachbarschaftshilfe. Auch neue Forderungen nach Schuldenerlass (u.a. von Macron), besserer Honorierung von Sorge-Arbeit (bezahlte und unbezahlte Pflege- und andere soziale Tätigkeiten) und einem globalen Waffenstillstand durch die UN, ließen Veränderungen auf diesen Gebieten plötzlich zum Greifen nahe erscheinen.

Die Pandemie ist aber auch ein Indikator dafür, inwieweit wir als Menschheit für das Krisenmanagement der viel größeren Krise des Klimazusammenbruchs ausgerüstet sind, so Professor Paul Rogers bereits im März 2020 auf CBC Radio. Inzwischen sind unsere Schwachstellen hierbei deutlich hervorgetreten: Da ist zum Einen die massive globale Ungerechtigkeit und fehlende Solidarität bei der Verteilung von Mangelgütern, z.B. zunächst von Masken und später von Impfstoff, und die unzureichenden multilateralen Instrumente. Gesellschaftliche Spaltungen und die politische Ausschlachtung der Krise von verschiedenen Gruppen und Regierungen waren zu beobachten, wie auch die weitere Steigerung der Militärausgaben, trotz deren Nutzlosigkeit angesichts der Bedrohung durch ein Virus – und auch der Klimakrise, zu der das Militär weltweit nicht unerheblich beiträgt. Und nicht zuletzt sah man an vielen Stellen krude Konzeptlosigkeit und Kommunikationsunvermögen, insbesondere bezüglich der Berücksichtigung von ohnehin benachteiligten und belasteten Gruppen.

Während das 1,5°C-Ziel von Tag zu Tag unrealistischer wird, müssen wir uns den unbequemen Fragen stellen, wie eine Welt aussehen und erlangt werden könnte, in der die Menschheit (und zwar nicht nur die Privilegiertesten!) und das ganze Ökosystem Erde überleben können. Eine andere Welt ist dringend nötig!

Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben wir angesichts dieser existentiellen Fragen und Krisen weiterhin, und als großes Geschenk des Lebendigseins? Was können wir heute tun? Kleine individuelle Alltagslösungen, scheinen allein der Größe des Problems wegen nicht angemessen. Transnationale soziale Bewegungen wie Fridays for Future machen es vor: Soziale Bewegungen müssen große systemische Veränderungen forcieren und Entscheidungsträger*innen zu größeren Handlungsspielräumen ermutigen und drängen, damit



Zum Trocknen und Reparieren bereitgestellte unwettergeschädigte Geigen-Bruchstücke in Reutlingen vor einer Instrumentenwerkstatt. Ein Symbol dafür, was durch die Klimakrise in Gefahr ist, und gleichzeitig für Resilienz und Heilungsfähigkeit.

wir eine möglichst glimpfliche Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft – unter zunehmenden Krisenbedingungen - hinbekommen. „By Design or by Desaster" – das Ende der kapitalistischen „Wachstumsgesellschaft" ist vorprogrammiert. Die Erde ist rund – das Potential des Wachstums von Wirtschaft und Ressourcenausbeutung war seit jeher begrenzt.

Neben den vielen kleinen Lösungen, Taten und Aktionen, ist es notwendig, sich auch damit zu beschäftigen, wie ein System im Großen aussehen und erreicht werden könnte, das zugleich nachhaltig und gerecht ist – um auf dieser Grundlage sich selbst zu verorten, Diskurse voranzubringen und vor allem sich zu organisieren und konkrete fundierte & strategische Beiträge zu leisten. Viele Ansätze sind hierzu aktuell im Gespräch – vom „Green New Deal" über „Postwachstumsökonomie" und „Buen Vivir" bis zu „Ökosozialismus", „Ökofeminismus" und weitere mehr.

Michael Schmid gab den Impuls zum Projekt „Eine andere Welt ist möglich – aber welche?", indem er sagte: „Bisher handelt es sich mehr oder weniger um eine Behauptung, die nicht befriedigend mit Substanz gefüllt ist, wenn wir sagen: ‚Eine andere Welt ist möglich!' Was ist das denn für eine andere Welt, die wir für erforderlich halten? Warum? Wie soll diese andere Welt aussehen, wohin also wollen wir sie transformieren? Welche konkreten Ansätze für eine solche Transfor-



Lebenslaute in Aktion bei der Kundgebung am Hiroshima-Gedenktag in Gammertingen. Rechts im Bild am Kontrabass: Julia Kramer.

mation gibt es? Was kann das konkret für uns als einzelne Personen, aber auch für unseren Verein heißen?“

Auf dieser Grundlage beschäftigt sich die Projektgruppe des *Lebenshaus Schwäbische Alb* seit Juni 2021 strukturiert mit verschiedenen Ansätzen. Anhand eines Fragebogens recherchieren und lesen wir jeden Monat einen Ansatz und diskutieren dann, welche Potentiale und welche Schwachstellen der jeweilige Ansatz hat. Dabei nehmen wir die Themen Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Frieden besonders in den Blick, und prüfen auch, inwieweit sich die Ansätze auf wissenschaftliche Prognosen der Dynamik des Klimawandels stützen bzw. diese ihn ausreichend mitdenken. Wir verschaffen uns einen Überblick, welche Akteure und Praxiserfahrungen es mit den Ansätzen gibt, und sammeln erste Impulse dazu, was wir uns konkret in der Praxis als Umsetzungsschritte und -Beiträge vorstellen können. Und wir tauschen uns aus, welche Emotionen die Auseinandersetzung mit diesen „großen Fragen“ bei uns auslöst und welche Wege des Umgangs es auch auf dieser Ebene gibt.

Die damit entstehende Analyse und Informiertheit, Vorstellungskraft und Verortung kann Strategien, Motivation und vielleicht auch Überzeugungskraft stärken, um darauf aufbauend gezielt weitere Beiträge zu leisten, eine andere, eine bessere, lebendige Welt möglich zu machen.

Vielfalt der Beziehungen...

Von Katrin Warnatzsch – Soziale Friedensarbeit

Zwei junge Männer mit sehr unterschiedlichen Lebenswegen stehen mir jede Woche vor Augen. Stellvertretend für Viele erzählen sie hier einen Teil ihres Schicksals.

Der Eine ist geboren in einer Provinz, die seit mehr als 40 Jahren vom andauernden Krieg in Afghanistan gezeichnet ist. Was dies für alle dort lebenden Generationen bedeutet, kann ich nur ahnen.

Er erzählt: Ich bin in der Provinz B. im Dorf geboren. Es lebten ungefähr 20 Familien dort, also ungefähr 60 Menschen. Die Nachbardörfer waren eine Stunde zu Fuß entfernt. Es gab keinen Strom und keine befestigten Straßen, also auch keine Autos. In meinem Dorf und den umliegenden Dörfern lebten Hazara (drittgrößte, meist schiitische Ethnie in Afghanistan). In der Provinz B. lebten auch einige Tadschiken (sunnitisch). Mein Vater besaß zusammen mit seinem Bruder einen Bauernhof mit Tieren und Land für die Selbstversorgung, dort lebten wir. Aber die Dörfer wurden jedes von einem anderen Clan-Chef beherrscht. Es gab zwischen allen Dörfern häufig Streitigkeiten und auch bewaffnete Kämpfe.

Als ich 5 Jahre alt war, wurde mein Vater bei einem Kampf zwischen den Clans erschossen. Meine Mutter erzählte mir später, dass er sich geweigert hatte, sich einem der Clans anzuschließen.

Ich habe eine 3 Jahre ältere und eine vier Jahre jüngere Schwester. Nach dem Tod des Vaters wurde meine Mutter von ihrem Bruder nach Kabul geholt. Sie musste sich von uns Kindern trennen und ist wieder verheiratet. Meine beiden Schwestern und ich kamen in die Familie des Bruders meines Vaters. Der Bauernhof ging vollständig in den Besitz meines Onkels über, dafür bezahlte er die Beerdigung meines Vaters und musste für uns Kinder sorgen.

Es ging mir nach der Trennung von meiner Mutter sehr schlecht, ich war sehr traurig und hatte von diesem Zeitpunkt an oft Kopfschmerzen. Wir Geschwister wurden gegenüber den beiden Söhnen des Onkels benachteiligt. Ich musste dann für unser Essen auf anderen Bauernhöfen als Tagelöhner schwer arbeiten, das Geld bekam mein Onkel. Meine Schwestern und ich wurden regelmäßig schwer geschlagen.

In einem Winter ging ich für 3 Monate in eine kleine Koran-Schule, um arabisch den Koran zu beten. Das war mein einziger Kontakt mit einer Art Unterricht in meiner Kindheit. Lesen, Schreiben oder Rechnen in meiner Muttersprache wurde mir nicht beigebracht.

Als ich achteinhalb Jahre alt war, floh ich wegen der unerträglichen Behandlung aus der Familie meines Onkels nach Kabul. Ich nahm keinerlei Dinge mit. Ich ließ mich von einem Transporter mitnehmen, der Schafe geladen hatte und sie nach Kabul brachte. Ich ging dem Fahrer zur Hand, er gab mir etwas Geld und ein paar Informationen über die Stadt Kabul.

Ich suchte meine Mutter in Kabul - und fand sie auch wirklich! Aber der Mann meiner Mutter akzeptierte mich nicht und verwies mich aus dem Haus. Meine Mutter und ich waren sehr traurig und mussten uns weinend verabschieden.

Mit achteinhalb Jahren habe ich meine Mutter zum letzten Mal gesehen. Einige Zeit wohnte ich dann beim Bruder meiner Mutter.

Dann musste ich in Kabul Arbeit suchen, um zu überleben. Ich fand in einer kleinen Brotbäckerei eine Arbeit, dort musste ich vor allem nachts den Teig für Brot vorbereiten. Ich konnte dort auf dem Boden schlafen. Tagsüber verkaufte ich Brot und hielt alles sauber. Das wurde für lange Zeit mein Zuhause. In einer Nacht wurde ich aber überfallen, weil fremde Männer mich in der Bäckerei entdeckten. Sie wollten mir Gewalt antun. Deswegen musste ich dann wieder eine andere Arbeitsstelle finden, in einer anderen Straße. Ich war noch nicht 10 Jahre alt.

Heute hat dieser junge Mann einen Ausbildungsvertrag in einem großen Lebensmittelkonzern in Deutschland bekommen. Aus eigener Kraft und mit Hilfe von persönlichen Unterstützenden lernte er deutsch und eignete sich das Wissen der Hauptschule an. Er ist bereit, seine immer wieder die Gesundheit gefährdenden depressiven Phasen behandeln zu lassen. Voller Optimismus geht er in seine Zukunft, obgleich die deutschen Benotungssysteme und Anforderungen nicht einfach zu ertragen sind und seine Selbsteinschätzung natürlich auch durch seinen bisherigen Lebensweg geprägt ist.

Direkt verantwortlicher „Ernährer“

Der andere junge Mann ist heute 22 Jahre alt. Seit Februar 2016 lebt er in Deutschland, seine Mutter musste er mit drei jüngeren Geschwistern in einer afghanischen Großstadt zurücklassen.

Zwei ältere Brüder waren dort inhaftiert worden und sollten für unbekannte Zeit nicht entlassen werden. Sie konnten also nichts zum Familieneinkommen beitragen.

Er besuchte seinen nächstälteren Bruder regelmäßig im Gefängnis und brachte ihm Essen mit, das seine Mutter gekocht hatte. Sie redeten dort auch über die Verantwortung, die sie als Männer für die Familie zu tragen hatten.

Eine Schule konnte er als Kind in seiner Heimat nie besuchen, es war immer Krieg und keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen. Auch sprach er einen eigenen Dialekt, weswegen er oft erkennbar isoliert wurde.

Zu seinem Vater hatte er ein enges Verhältnis. Dieser brachte ihm von klein auf bei, ihn nach der anstrengenden Arbeit zu massieren. Der junge Mann entwickelte diese Fertigkeit mit großem Geschick, erzählt aber auch, dass er dabei üblicherweise immer auf dem Boden hocken musste. Anschließend seien die Rückenschmerzen seines Vaters sozusagen auf ihn übergegangen.

Schon als Kind übte er sich im Ringen, lernte Schwimmen und interessierte sich für Kanarienvogelzucht. Seine Brüder und der Vater waren ebenfalls sehr sportlich. Er besuchte ebenfalls für wenige Monate eine Koran-Schule. Bis heute gibt ihm der Koran und das, was seine Familie ihm über die Religion sagte, Halt und er denkt viel darüber nach. Er steht der Gewaltanwendung kritisch gegenüber und sagt, dass seine Eltern keine Gewalt gegen ihre Kinder ausgeübt hätten. Bis heute bemüht er sich darum, seinen eigenen Weg herauszufinden, der für ihn passt. Zwingen lassen will er sich zu nichts... und das bewirkt, dass auf ihn eher autoritär wirkende Menschen (Arbeitgeber, Jobcenter...) ihn in die Flucht treiben oder er seine Zusammenarbeit verweigert. Die Konsequenzen muss er tragen...

Solange der Vater arbeitete, ging es der Familie verhältnismäßig gut und die Kinder waren nicht gezwungen, irgendeine Arbeit anzunehmen. Eine scheinbar relativ unbeschwerte Kindheit im Kriegsland.

Dann aber wurde der Vater erschossen, er war ein politisch aktiver Mann, der für die damalige Regierung arbeitete und zu den gefährdeten Personen gehörte.

Seine Mutter schickte ihren dritten Sohn nach der Ermordung des Vaters aus dem Land, da war er gerade 18 Jahre alt. Sie sagte, wenigstens er solle überleben.



Lebenshaus Schwäbische Alb hat sich in den vergangenen Jahren u.a. mit Protestkundgebungen gegen Abschiebungen in das Kriegsland Afghanistan eingesetzt. Bundes- und Landesregierungen haben sich dennoch nicht davon abhalten lassen, mit ihren zynisch fortgesetzten Abschiebungen das Leben von Menschen aufs Spiel zu setzen. Noch drei Tage bevor die Taliban endgültig die Macht in Kabul übernahmen, sollte ein Abschiebeflieger dorthin starten, der im letzten Moment ausgesetzt wurde.

Wir hatten den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Wissen darum, dass Demokratie, Menschenrechte und Frieden nicht herbeigebombt werden können, von Anfang an kritisiert. Vor wenigen Wochen hat die Bundeswehr im Gefolge der US-Armee das Land am Hindukusch fluchtartig verlassen. Die schnelle Machtübernahme Afghanistans durch die Taliban nach 20 Jahren NATO-Krieg und die Bilder aus Kabul zeigen nun auf dramatische Weise das Scheitern westlicher Interventionspolitik unter der Führung der USA. Die Logik von Krieg und Regime-Change ist krachend gescheitert. Das macht noch einmal drastisch deutlich, dass ein generelles Umdenken hin zu einer Friedenspolitik mit ziviler Konfliktlösung und ohne Militär stattfinden muss. (ms)



Die älteren männlichen erwachsenen Familienmitglieder waren mit dem Tod bedroht worden. Inzwischen wurde der nächstältere Bruder auf offener Straße erschossen, nachdem er gerade 6 Monate aus der Haft entlassen worden war. Damit ist auch für die heranwachsenden Brüder zu rechnen. Für seine Schwester besteht noch immer die Gefahr, dass sie verschleppt und gegen ihren Willen an einen Kämpfer verheiratet werden könnte.

Die Mutter lehnte eine Wiederverheiratung an einen von ihrem Bruder ausgesuchten Mann ab. Sie habe ihren Mann sehr geliebt und sei eine starke Frau. Damit haben aber nun die zurückbleibende Mutter, zwei jüngere Brüder und eine Schwester keinerlei Einkommen und keine Versorgungssicherheit, denn es lebt kein volljähriger Mann mehr mit ihnen.

Ein kleiner Garten dient zum Anbau der nötigsten Lebensmittel. Die Armut und der tägliche Überlebenskampf sind eingezogen. Die bereits seit vielen Jahren schon in der gesamten Welt verstreut lebende, aus Afghanistan geflohene, Verwandtschaft überlässt die Familie sich selbst, da die Mutter sich nicht fügen wollte.

Der junge Mann ist nun der direkt verantwortliche „Ernährer“. Wie soll das geschehen aus Deutschland, mit Hartz IV-Bezug? Zahlreiche Versuche, in einem Job Fuß zu fassen, sind bisher gescheitert. Er gibt nicht auf. Die eigenen Bedürfnisse stehen stets ganz hinten an: an Kleidung, Schuhen und schlechter Ernährung mit entsprechenden Folgen inzwischen leicht zu erkennen. Altersgemäße Wünsche werden ins Unendliche verschoben, quälend. Die tägliche Sorge um seine Familie kommt hinzu, auch angesichts der aktuellen Lage in Afghanistan. Auch Versuche, nach seinen Fähigkeiten und Begabungen einen beruflichen Lebensweg zu stricken, sind bisher gescheitert.

Aufbauendes: Projektgruppen-Treffen

Seit Beginn des Jahres haben Michael Schmid und ich uns zu einigen Gesprächen mit Julia Kramer getroffen, im *Lebenshaus* und auch in ihrer Wohnung in der Nähe von Metzingen. Julia ist seit Ende letzten Jahres wieder nach Süddeutschland gezogen, nachdem sie viele Jahre lang als Projektberaterin für Zivilen Friedensdienst bei der *Kurve Wustrow* im Wendland gearbeitet und gelebt hatte.

Vor über neun Jahren lernten wir Julia kennen, als sie einige Zeit im *Lebenshaus* wohnte und von hier aus Solidaritätsarbeit für Menschen im Sudan machte, wo sie zuvor als internationale Friedensfachkraft tätig gewesen war. Für ein halbes Jahr war Julia dann mit einem Midijob angestellt im *Lebenshaus*. Als sie eine lukrative Stelle bei der *Kurve Wustrow* erhalten konnte, brach sie ihre Zelte bei uns ab, blieb uns aber weiterhin verbunden.

Wir hatten Julia als sehr engagierte Frau kennengelernt und wollen nun gemeinsam mit ihr versuchen, eine weiterführende Zusammenarbeit für das *Lebenshaus* zu installieren.

Dazu ist es für Michael und mich wichtig, zu erkunden, wieweit wir eine gemeinsame oder ähnliche, tragende Haltung zu politischen Fragen haben oder entwickeln können. Seit Juni 2021 haben wir Julia als „Referentin für internationale Friedensfragen“ mit einem Mini-Job angestellt. Glücklicherweise konnte sie zeitgleich in Reutlingen bei EPIZ (Entwicklungspolitisches Informationszentrum) eine Teilzeitstelle beginnen.

Anhand der Frage, was uns denn gemeinsam besonders bewegt und an der Tagesordnung ist, kamen wir auf den Gedanken, ein für das *Lebenshaus* wichtiges Motto näher zu beleuchten: „Eine andere Welt ist möglich...“. Angesichts tiefer Krisen wie Klimakrise, Gefahr durch Atomwaffen und der internationalen sozialen Ungleichheit suchen wir nach Antworten auf die drängende Frage, wie die erforderliche Veränderung aussehen kann.

In intensiven Überlegungen entstand dann ein Plan für eine zunächst auf ein Jahr befristete Projektgruppe (siehe hierzu auch Artikel von Julia). In diesem Zeitraum wollen wir ungefähr acht verschiedene Vorschläge zur notwendigen Veränderung untersuchen, indem wir dazu lesen, das Erkannte zusammentragen und versuchen, uns eine Meinung dazu bilden, auch im Hinblick auf die Grundlagen und Aktivitäten des *Lebenshauses*.

Ab Juni begannen wir mit den monatlichen Treffen der Projektgruppe, zu der Axel Pfaff-Schneider, Julia Kramer, Michael Schmid und ich gehören. Julias Erfahrung mit strukturierter Gruppenarbeit kommt uns dabei sehr zugute.

In unseren langfristigen Überlegungen für die Zukunft des *Lebenshauses* nimmt der Wunsch nach engagierten Mitarbeitenden einen wichtigen Platz ein. Wir sind auf der Suche nun mit Julia an einem hoffnungsvollen Doppelpunkt!

„Wege,
die in die Zukunft führen,
werden erst dadurch zu Wegen,
dass man sie geht.“
Jörg Zink

Gute Resonanz auf Lebenshaus-Aktivitäten zu den 76. Hiroshima-/Nagasaki-Gedenktagen

Von Michael Schmid

Rund 35 Menschen nahmen am 6. August 2021 in Gammertingen an einer Kundgebung mit dem Titel „76 Jahre Hiroshima und Nagasaki mahnen: Unsere Stimme für das Atomwaffenverbot!" teil. Damit gingen die Erwartungen des Veranstalters *Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.* voll in Erfüllung. Sehr zufrieden waren die Verantwortlichen des *Lebenshauses* auch über die starke Unterstützung für die Veröffentlichung eines Aufrufs in verschiedenen Zeitungen durch 137 Personen und Organisationen.

Bei der gut besuchten Kundgebung in Gammertingen Hiroshimatag ging Julia Kramer auf die Folgen und Hintergründe der Atombombenabwürfe am 6. und 9. August 1945 in Hiroshima und Nagasaki ein. Katrin Warnatzsch las das eindrucksvolle Zeugnis von Yoshito Matsushige, Überlebender des Hiroshima-Verbrechens vom 6. August 1945, vor. Anschließend wurde schweigend der Opfer der Verbrechen durch die Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki und den von Atombombentests betroffenen Menschen gedacht. In einer weiteren Rede spann Michael Schmid den Bogen über einen Rückblick auf die Atomwaffenpolitik der vergangenen Jahrzehnte, den damit verbundenen Gefahren der Vernichtung alles menschlichen Lebens, hin zur äußerst brisanten aktuellen Situation.

Veranschaulicht wurde die verheerende Wirkung der Atombomben durch eine kleine Ausstellung mit Bildern, auf denen die Zerstörung der Städte Hiroshima und Nagasaki und teilweise schwerstverletzte Menschen zu sehen sind. Außerdem stellte die Greenpeace-Gruppe aus Münsingen auf einem großen Plakat dar, welche katastrophalen und weitreichenden Auswirkungen ein Atombombenabwurf auf Gammertingen hätte.

Eine 6-köpfige Gruppe des Aktionsorchesters Lebenslaute trug mit mehreren Stücken zur musikalischen Umrahmung der Veranstaltung bei.

Die Kundgebung in Gammertingen war eine von über 80 Veranstaltungen, die alleine in der Bundesrepublik zu den 76. Jahrestagen der Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki stattfanden. Gemeinsames Anliegen war, sichtbar an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki zu erinnern und einen deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot zu fordern!

Aufruf „Hiroshima und Nagasaki mahnen: Unsere Stimme für das Atomwaffenverbot!"

Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. hat in Kooperation in Kooperation mit der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt" und der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) Baden-Württemberg mit dem Aufruf „Hiroshima und Nagasaki mahnen: Unsere Stimme für das Atomwaffenverbot!" eine Anzeigenkampagne durchgeführt. Es wurden Einzelpersonen und Organisationen zur Unterstützung gesucht, um den Aufruf in Zeitungen veröffentlichen zu können.

Diese Aktion fand eine so große Unterstützung, dass am 4. August Anzeigen im „Reutlinger Generalanzeiger" und „Schwarzwälder Bote" (Teilausgabe Zollernalbkreis) veröffentlicht werden konnten und am 5. August eine ganzseitige Anzeige in den Amtsblättern der Region Mittleres Laucherttal auf der Schwäbischen Alb. Bei der Amtsblatt-Anzeige konnten die Namen von insgesamt 137 Personen und Organisationen aufgeführt werden, die den Aufruf unterstützt haben, darunter - um nur ein paar wenige herauszustreichen - z.B. der Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart der katholischen Friedensbewegung *pax christi*, die Tübinger Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel (Die Linke), der Journalist Andreas Zumach aus Berlin sowie die „Schönauer Stromrebellen" Ursula und Dr. Michael Sladek. Der Aufruf mit den Namen der Unterzeichnenden findet sich auf der nächsten Seite.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die die Veröffentlichung dieser Anzeigen möglich gemacht haben, mit denen wir rund 50.000 Haushalte erreichen konnten!

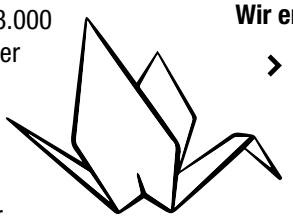
Der Aufruf „Hiroshima und Nagasaki mahnen: Unsere Stimme für das Atomwaffenverbot!" kann auch nach der Veröffentlichung als Anzeige weiter unterzeichnet werden. Unter anderem planen wir einen Brief an die Bundesregierung, in dem wir die Zahl der Menschen anführen möchten, welche die an die deutsche Regierung gerichteten Forderungen unterstützen.

Sollten Spenden über den Betrag hinaus eingehen, der für die Anzeigenaktion und weitere Auslagen im Zusammenhang mit den diesjährigen Hiroshima-Nagasaki-Gedenktagen anfällt, dann verwenden wir diese für unsere Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie.



Hiroshima und Nagasaki mahnen - Unsere Stimme für das Atomwaffenverbot!

Die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 mahnen uns, für eine Welt frei von Atomwaffen einzutreten.



Heute bedrohen weltweit noch immer mehr als 13.000 Atomwaffen unsere Sicherheit. Jeder Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Die Atommächte planen dennoch, Milliarden in die Aufrüstung ihrer Arsenale zu investieren.

Seit dem 22. Januar 2021 ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Er verbietet allen beigetretenen Staaten u.a. die Herstellung, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung sind dafür, dass Deutschland diesem wegweisenden Vertrag beitritt.

Doch die derzeitige Bundesregierung boykottiert das Abkommen. Die Bundeswehr soll sogar neue Kampfflugzeuge für mehrere Milliarden Euro bekommen, damit sie auch zukünftig die in Büchel gelagerten Atombomben ins Ziel fliegen kann.

Am 26. September, dem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärten internationalen Tag zur Abschaffung aller Atomwaffen, ist Bundestagswahl.

Wir erwarten von der zukünftigen Bundesregierung:

- **als Beobachter bei der 2022 stattfindenden Überprüfungskonferenz zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Wien teilzunehmen – als ersten Schritt für einen raschen Beitritt Deutschlands zu diesem Vertrag;**
- **die Beschaffung neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr zu stoppen;**
- **den Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland.**

Rund um die Gedenktage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 76 Jahren finden vielfältige Aktivitäten statt. *Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.* lädt für den 6. August zu einer Kundgebung ein (18:30 Uhr am Stadtbrunnen in Gammertingen). Gemeinsam mit zahlreichen Aktionen an vielen Orten wollen wir sichtbar an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki erinnern und uns für ein generelles Atomwaffenverbot einsetzen.

Dies ist eine Aktion von *Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.* in Kooperation mit der *Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“* und der *DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) Baden-Württemberg*.

Wir freuen uns über weitere Unterzeichner*innen dieses Aufrufs.
Bitte mit Namen und Anschrift per Mail an: info@lebenshaus-alb.de oder per Post an: Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Bubenhofenstr. 3, 72501 Gammertingen. Internet: www.lebenshaus-alb.de

Spendenkonto für die Finanzierung dieser Anzeigenaktion und die Weiterarbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie:
Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., GLS Bank, IBAN DE36 4306 0967 8023 3348 00
Verwendungszweck: Hiroshima-Nagasaki 2021. Steuerabzugsfähige Spendenbescheinigungen werden ab 25 € automatisch im Januar 2022 verschickt (bitte Anschrift angeben).

Unterstützt von:

Michael Amberg-Scherer; Inge Ammon; Anita Arndt; Dr. Wolfgang Arndt; Margret Arnold; Rolf Arnold; Annette Bänsch-Richter-Hansen; Friedemann Bresch; Jörg Breuninger; Norbert Brücken; Bärbel Brückner-Walter; Rainer Buck; Dr. Manfred Budzinski; Peter Bürger; Ingeborg Conrad; Reiner Conrad; Gisela Daunis; Barbara Dürr; Albrecht Ebertshäuser; Marita Ebertshäuser; Holger Eichert; Erika Eichwald; Nicola Enke-Kupffer; Frieder Fahrbach; Albert Fischer; Walter Friedmann; Wolfram Frommlet; Dr. Albert Fuchs; Elisabeth Gebert; Werner Gebert; Bernd Geisler; Dorothee Hahn; Dr. Martin Th. Hahn; Heike Hänsel, MdB Die Linke; Dr. Dirk-Michael Harmsen; Claudia Hillenbrand-Pantelidis; Christina Holder; Elisabeth Holler; Erhard Holler; Agnes Jömann; Paul Jömann; Dieter Kaltenhäuser; Elisabeth Kaltenhäuser; Gerhard Kern; Winfried Kern; Birke Kleinwächter; Lea Kleinwächter; Martina Knappert-Hiese; Reinhard Koppe; Christa Koppe; Margarete Körner-Rathfelder; Julia Kramer; Dr. Joachim Eckart Kühne; Helmut Kupffer; Karin Kupka; Prof. Helmut Kurz; Renate Kurz; Gabriele Lang; Ursula Lempp; Gisa Luu; Johannes Maier; Walter Märkle; Axel Marquardt; Gabriele Mayer PhD; Christiana Mehl; Rudolf Mehl; Hubert Meixner; Margot Meixner-Ott; Dr. Wolfgang Menzel; Hanna Menzel; Hannefriedel Meyer-Faude; Hedwig Milcke; Barbara Missalek; Norbert Müller; Dr. Gisela Müller; Siegfried Müller; Angela Nagel; Erik Nagel; Bärbel Neef; Verena Nerz; Dr. Bernhard Nübel; Ursula Nübel; Prof. Dr. Gottfried Orth; Axel Pfaff-Schneider; Dr. Ulrich Randolf-Weiß; Dr. Ralf Resch; Hans Jürgen Rettig; Freimut Richter-Hansen; Wolfram Rohde-Liebenau; Philipp Rosenhagen; Raphael Rosenhagen; Hubert Rothfeld; Prof. Dr. Werner Ruf; Dr. Wolfgang Schempf; Gudrun Scheuerle; Ursula Schleier; Michael Schmid; Ulrich Schmitthenner; Annette Schneider; Dr. Erich Schneider; Paul Schobel; Judith Schulte-Bernd; Brigitte Schulz; Regina Schwill-Braun; Christa Senberg; Dr. Michael Sladek; Ursula Sladek; Peter Stengele; Dr. Wolfgang Steuer; Brigitte Strölin-Bresch; Christoph Sylla; Sylvia Sylla; Ina Teutsch; Dr. Rainer Thiel; Prof. Dr. Rolf Verleger; Hansmartin Volz; Anneliese Volz; Michael Walter; Katrin Warnatzsch; Andrea Weber; Rüdiger Weckmann; Gerhard Weihing; Dr. Sören Widmann; Andreas Zumach; Dr. Hildegard Zürn-Müller; u.a.m.

AK Frieden in der Einen Welt Nürtingen; Aktion Selbstbesteuerung eV - Friede durch gerechte Entwicklungspolitik; Brot & Rosen. Diakonische Basisgemeinschaft e.V. Hamburg; Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Zollernalb; DFG-VK Gammertingen; DIE LINKE Kreis Reutlingen; Friedensregion Bodensee e.V.; pax christi Diözesanverbund Rottenburg-Stuttgart; Projekt Zukunft – Kultur im Kloster; Weltladen Gammertingen





Terminübersicht

05. Sept. 2021 100 Sekunden vor 12 Uhr am Fliegerhorst Büchel: **Menschenkette „Atombomben weg – Verbotsvertrag beitreten!“** Menschenkette der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, deren Mitglied *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* ist - Mehr unter Kurzlink: https://ogy.de/zrrc

24. Sept. 2021 **Globaler Klimastreik: Höchste Zeit zu handeln: Wir wählen Klima!** An diesem Tag gehen weltweit hunderttausende Menschen für echten Klimaschutz auf die Straßen. *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt die Demonstrationen von *Fridays for Future*. Mehr: https://fridaysforfuture.de und https://www.klima-streik.org/

02. Okt. 2021 10:00 Uhr evang. Gemeindehaus Gammertingen: Mitgliederversammlung *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.*

16. Okt 2021 10:00 Uhr evang. Gemeindehaus Gammertingen: 9. Tagung **„We shall overcome! Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“**, u.a. mit Klaus Pfisterer, Karen Hinrichs und Thomas Gebauer. Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

16. Okt 2021 10:00 Uhr evang. Gemeindehaus Gammertingen: **Szenische Lesung „Run Soldier Run“** mit Rudi Friedrich und Talib Richard Vogl. Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

17. Okt 2021 **Im Anschluss an die Tagung: Wanderung auf der Schwäbischen Alb**

07.-17. Nov 2021 **Ökumenische FriedensDekade mit dem Motto „Reichweite Frieden“**. Weitere Informationen: www.friedensdekade.de

Teil der Welt

Re-membering Europa: In der Klimakatastrophe verbinden uns die Reaktionen auf das Hochwasser mit der Welt.

Von Radwa Khaled-Ibrahim (medico international)

Nachrichten auf Al-Jazeera am 18. Juli 2021. Vor dem Hintergrund der Stimme des arabischen Nachrichtensprechers sehe ich Bilder der Überschwemmungen in Deutschland. Die Meldung danach: Überschwemmungen in Oman. Danach ein Bericht aus dem syrischen Idlib, wo Bäuer*innen gemeinschaftlich auf ihren Äckern Solaranlagen installiert haben.

Einen Tag später erzählen die Kolleg*innen im medico-Büro, dass sich Partnerorganisationen aus Somalia, Indonesien und den Philippinen, aus Sierra Leone, Mexiko und dem Libanon bei ihnen gemeldet und nach dem Wohlergehen des medico-Teams erkundigt haben. „Wir haben die Bilder gesehen, ist alles ok?“ Auch Angehörige aus Ägypten haben angerufen: „Wir konnten kaum glauben, dass die Bilder in den Nachrichten aus Deutschland kommen“ und „Gut, dass der Himmel diesmal an Euch vorbeischoss“, sagen sie. Auf Twitter: Kirchen in Botsuana, der Demokratischen Republik Kongo, Kamerun, Ruanda, Südafrika und Tansania spenden 20.000 Euro für die Fluthilfe in Deutschland.

Ich schalte um. Rennen der Formel 1 in Silverstone. Haben die eigentlich Elektro-Motoren? „Hybrid“, sagt mein Bruder. Der Afro-Brite Lewis Hamilton gewinnt. Ein Banner hängt zwischen den britischen Zuschauer*innen, die Kamera

zoomt: „It´s coming home!“ Sie meinen den Pokal.

Ich scrolle durch Facebook. Auch die „Saudi Gazette“ berichtet. Auf dem Bild zur Meldung sieht man zwei Häuser in den Fluten, beziehungsweise: Man sieht die Dachziegel, daneben einen grünen Fleck, wahrscheinlich Überbleibsel einer Baumkrone und einen gelben Fleck. Ich zoome in das Bild. Der gelbe Fleck gehört zur oberen Hälfte der Werbe-Fahne einer Supermarktkette. Sie weht, nur halb über Wasser. Irgendwo in der WG lag noch ein Prospekt der Kette, in dem Grillfleisch zum Spottpreis beworben wurde. Hat die Saudi Gazette unabsichtlich ein Sinn-Bild der gegenwärtigen Situation geliefert? Das Bild einer implodierenden imperialen Lebensweise, eben halb unter Wasser? Dabei sah es doch so gut aus für den grünen Kapitalismus! Green New Deal in den USA, in der EU und in China.



Hochwasser in Altenahr-Kreuzberg am 15. Juli 2021

Aber es sieht aus, als wären wir schon jenseits des Kipppunkts. Es sieht so aus, als würde der Planet schneller altern und sterben als vorhergesehen, schneller als die schlimmsten Befürchtungen. Wirkt gar nicht so, wenn man den Green New Deal der EU-Festung betrachtet, der die Möglichkeit suggeriert, zusammen zu (über)leben. Klimaneutralität + Wirtschaftswachstum + soziale Gerechtigkeit. Auch hybrid. Gemeint ist eine sozial ausgeglichene Transformation der Volkswirtschaften, die es sich leisten können. In den Staaten, die „systemrelevant“ sind. Nicht eingerechnet werden die menschlichen Kosten an „anderen“ Orten, auf denen diese Transformation aufbaut und ohne die sie nicht möglich wäre. Einfach nicht mitgedacht. Sie werden als gegeben angenommen in der Formel der Transformation, die die Widersprüche des globalen kapitalistischen Systems grün anmalt.

Green New Deal oder Grüner Neokolonialismus?

Ein Beispiel, um es plastischer zu machen: Die philippinische Klima-Journalistin und ehemalige Programm-Managerin des Klimagerechtigkeits-Büros der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* in Manila, Alanah Torrabla, beschreibt die anstehenden Folgen des chinesischen, des US-amerikanischen und des europäischen Green New Deals auf die Philippinen. Die damit verbundenen Konjunkturpakete deuten auf eine höhere Nachfrage nach Kupfer hin. Alle Technologien, die als „klimafreundlicher“ gelten, benötigen Kupfer. Unter anderem, weil es die Energiemenge, die zur Stromerzeugung benötigt wird, senkt. Man findet Kupfer in allen „grünen“ Motoren und in „grüner“ High-Tech-Elektronik. Zum ersten Mal stieg der Kupferpreis 2018 auf 7000 US-Dollar pro Tonne.

„Wenn die globale Nachfrage steigt, wird ihr mit einer Politik begegnet, die mehr ausländische Investitionen zulässt. Die Bergbauindustrie der Philippinen dient weder unseren Bedürfnissen noch denen unserer Wirtschaft. […] Wenn es mehr Bergbaukonzessionen gibt, kommt es auch zu mehr Menschenrechtsverletzungen. Das ist unsere Befürchtung, denn das Bergbaugesetz der Philippinen enthält derzeit keine starken Maßnahmen zum Schutz vor Menschenrechtsverletzungen“, sagt Lia Alonzo, Geschäftsführerin des philippinischen *Center for Environmental Concerns (CEC)*, einer Organisation, die mit Bergbau-Gemeinden und Umweltschützer*innen zusammenarbeitet, im Gespräch mit Alana Torrabla. Es bleibt aber nicht bei dem Kupfer aus den Philippinen. Ähnlich ist es im Kongo wegen des Kobalts und in Chile, Argentinien und Bolivien wegen des Lithiums. Die Rohstoffe werden verschifft, verarbeitet und sollen dann von den „Entwicklungsländern“ importiert werden, um gemeinsam die Energiewende mit grünen Motoren zu schaffen. Die Green New Deals bauen auf ökonomische Abfederung des Wandels nach innen, Ausbeutung und Abschottung nach außen.

Der *European Council for Foreign Relations* hat es auf dem Punkt gebracht: Der Green New Deal der EU ist vor allem eine außenpolitische Agenda, die die europäische Geopolitik prägen wird. Ziel sei es, „bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und die Transition in eine wirtschaftliche und industrielle Chance für Europa zu verwandeln.“

Wenn man die Architektur der Konjunkturpakete anschaut, erinnert sie an die Häuser der Kolonialzeit in Kairo oder Kolkata – in Ägypten wurde ihr Stil euphemistisch „Belle Époque“ genannt. Diese Häuser wurden so gebaut, dass die Kolonialherr*innen sowie die zu Diener*innen gemachten Menschen zusammen in einem Haus wohnen konnten. Allerdings lebten sie in Parallelwelten. Räume, Treppen und Gänge waren geschickt voneinander getrennt, so dass die Kolonialherr*innen nur die Ergebnisse der Arbeit zu Gesicht bekamen, der Prozess der Arbeit und die Arbeiter* selbst aber unsichtbar gemacht wurden. Dann kam der Wasserschaden.

Mitteleuropa ist Teil der Welt

Der Wasserschaden wurde nicht jetzt erwartet und nicht so. Mit Warnungen wurde offenbar grob fahrlässig umgegangen. Diese Ignoranz bringt die imperiale Arroganz zum Vorschein. Der Mythos der europäischen Moderne löst sich im Flutwasser. „Die deutsche Sprache kennt kaum Worte für die Verwüstung, die hier angerichtet ist“, sagte Merkel bei einem Besuch des Überschwemmungsgebiets im rheinland-pfälzischen Schuld. Zumindest für einen Moment ist Europa plötzlich und unfreiwillig ein Teil der Welt geworden. Die Logik der

Klimakatastrophe unterscheidet nicht zwischen vermeintlich systemrelevanten und irrelevanten Ländern. Und außerdem ist die Lage der Welt den Deals längst voraus.



Dieser Moment, so flüchtig und brüchig er ist, birgt etwas in sich. Er war ein Blick in eine mögliche Zukunft. Die Zukunft einer Welt, die dringend eine (Re-)Konstruktion braucht. Dafür muss Zentraleuropa „re-membern". Eine Mischung aus remembering, erinnern, sich kritisch mit der eigenen Geschichte in der Welt beschäftigen, und re-membering, also wieder Mitglied werden.

Re-member-ing Central Europe

Sich erinnern heißt sich ins Labyrinth der eigenen Geschichte zu wagen, sie noch einmal anders zu erzählen, lernend und mit Demut. „Großbritannien hat zwischen 1765 und 1938 umgerechnet rund 45 Billionen Dollar aus Indien abgeschöpft. 45 Billionen Dollar, das entspräche in heutigen britischen Pfund dem 17-fachen des BIP des heutigen Großbritannien", wie die indische Wirtschaftswissenschaftlerin Utsa Patnaik ausgerechnet hat. Diese Summe floss nicht nur nach Großbritannien selbst, sondern verteilte sich mit dem Beginn der Industrialisierung über Europa, Nordamerika und andere Siedlerkolonien. So kann man darin eine der Wurzeln der heutigen ökonomischen Dominanz „des Westens" sehen, wie es die internationale Finanzarchitektin Bhumika Muchhala tut. Aus solchen historischen Fakten sollte ein Gefühl der Verantwortlichkeit entstehen. Nicht in schlecht kaschierter, fortgesetzter imperialer Form einer von Europa ausgehenden Rettung der Welt, sondern als Mitglied der Welt.

Wieder Mitglied der Welt zu werden, würde bedeuten sich auf eine Art in die Welt zu fügen, die für alle und alles ein gutes Leben ermöglichen kann. Es würde heißen, die Katastrophe eben nicht zu einer „wirtschaftlichen und industriellen Gelegenheit für Europa" zu machen, wie der *European Council for Foreign Relations* vorschlägt. Mitglied der Welt zu werden würde bedeuten, die Geschichten der Menschen fortzuschreiben, die sich gegenseitig unterstützten, die Essen verteilten, die gemeinsam ihre Keller auspumpten, die halfen, Schutt beiseite zu räumen. Ob in Ahrweiler, in Lagos oder in Zhengzhou.

Schon heute gibt es diese Verbundenheit der Welt, verkörpert in indigenen Widerstandsbewegungen gegen Öl-Pipelines oder Bergbauprojekte, in den weltweit demonstrierenden Schüler*innen von *Fridays for Future*, transnationalen Öko-Feminist*innen, in den Besetzer*innen des Dannenröder Forsts oder den Wächter*innen des Lake Poso, um nur einige zu nennen. Sie verkörpern die Möglichkeit einer nicht allzu dystopischen Zukunft.

Radwa Khaled-Ibrahim ist Referentin für Kritische Nothilfe in der Öffentlichkeitsarbeit von medico international. Außerdem ist die feministische Politikwissenschaftlerin in der Spender:innenkommunikation tätig.

Vandana Shiva: „Eine andere Welt ist möglich"

Von Michael Schmid



In dem Buch „Eine andere Welt ist möglich" erzählt die indische Physikerin, Aktivistin und Globalisierungskritikerin Vandana Shiva ausführlich über ihr Leben, ihre Motivation, ihre Kämpfe und ihre Vision für eine bessere Zukunft. Entstanden ist es aus langen Gesprächen Shivas mit dem französischen Autor und Journalisten Lionel Astruc.

Ihr Engagement als Aktivistin begann Vandana Shiva im Alter von 21 Jahren zunächst mit der Chipko-Bewegung, einer Bewegung von überwiegend indischen Frauen, die sich gegen die kommerzielle Abholzung von Wäldern und die damit verbundene Zerstörung der Lebensgrundlagen wehrte. Chipko bedeutet „die Bäume umringen" und leitet sich von der Protestform ab, durch Umarmen der Bäume oder Anketten an diese zu verhindern, dass sie abgeholzt werden. Die Begegnung mit diesen Frauen, erzählt Vandana Shiva, die ihre Gefährtinnen im gewaltfreien Widerstand waren, und die Erfahrungen, die sie an ihrer Seite machte, haben ihr ganzes Leben entscheidend geprägt.

Es war im März 1987, als Vandana Shiva im dem kleinen französischen Dorf Bogève etwas erfuhr, das sie nicht mehr loslassen sollte und von dem sie beschloss, es der Welt mitzuteilen. Sie nahm damals an einem Treffen in einem kleinen Kreis teil,

in dem Vertreter der Saatgutindustrie ganz offen über ihre Zukunftsstrategien und einen perfiden Plan sprachen. Dieser wurde dann in den folgenden drei Jahrzehnten wirklich umgesetzt: Mittels des Patentrechts und gentechnisch veränderter Organismen (GVOs) wollten einige wenige Konzerne die Kontrolle über das Saatgut übernehmen und weltweit den Bauern anschließend das verkaufen, was der Boden ihnen bisher kostenlos geboten hat - nämlich Pflanzensamen. Vandana Shiva hatte die Tragweite dieses Plans sofort begriffen. Und so ruft sie bis heute zum Protest und zivilen Ungehorsam gegen Konzerne wie Bayer-Monsanto auf, welche die Natur in Besitz nehmen und daran verdienen. Sie ruft also auf zum zivilen Ungehorsam gegen die Spekulation mit Nahrung, gegen das Patentieren von Saatgut, letztlich gegen den andauernden Krieg wider die Natur.



Dabei ist ihr Gandhi Vorbild, der aus dem Meer Salz gewann und dabei das Gesetz der britischen Kolonialverwaltung brach. Statt Salz hat Shiva heute Saatgut zum Symbol ihres Kampfes gemacht. Wenn internationale Patentinhaber Bauern dazu zwingen wollen, teures, gentechnisch verändertes Saatgut immer wieder neu zu kaufen, um damit Profite zu erzielen, dann sieht es Shiva als Pflicht, die Patentgesetze zu missachten und das Saatgut selber zu verwalten. Dafür hat sie inzwischen in Indien ein breites Netz von bislang 120 Saatgutbanken aufgebaut.

Vandana Shiva ist weltweit zur Symbolfigur der globalisierungskritischen Bewegung geworden, die sie mit ins Leben gerufen hat. Mit Millionen Aktivist:innen auf allen fünf Kontinenten steht sie über Medien in Verbindung, führt sie bei Demonstrationen an oder fasziniert sie mit ihren Vorträgen. Sie hat dazu beigetragen, dass beispielsweise 2013 zwei Millionen Menschen in 52 Ländern am „March Against Monsanto" teilnahmen. In den frühen 1990er Jahren organisierte sie in Indien mehrere große Demonstrationen mit jeweils Hunderttausenden, so z.B. waren es im Oktober 1993 fantastische 500.000 Demonstrant:innen aus der ganzen Welt, die ihren Aufruf befolgten und mit ihr durch die Straßen von Bangalore zogen. Jahr für Jahr bringt die Wissenschaftlerin, soziale Aktivistin und Globalisierungskritikerin Vandana Shiva Tausende von Anhänger:innen für Umweltschutz, biologische Vielfalt, Frauenrechte und Nachhaltigkeit auf die Straßen. Anerkennung fand ihre Arbeit, bei der sie gleichzeitig auf lokalem wie internationalem Terrain kämpft, durch mehrfache Auszeichnungen, u.a. 1993 mit dem Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award).

Bei den Themen beschränkt sich Shiva nicht alleine auf das Engagement im Bereich der Landwirtschaft. Für sie ist das Saatgut zum Katalysator für so wichtige Fragen wie Ernährungssouveränität, Demokratie, Frieden, gesellschaftliches Engagement und Feminismus geworden. In dem Buch „Eine andere Welt ist möglich. Aufforderung zum zivilen Ungehorsam" sind erstmals alle diese Themenfelder der weltweit bekannten indischen Umwelt- und Sozialaktivistin in einem Band vereint und es werden die engen Verbindungslinien aufgezeigt, die zwischen ihnen bestehen.

Mit diesem Buch ermutigt Vandana Shiva uns alle zum Handeln gegen die fortlaufende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Gemeinsam können wir den Lauf der Welt verändern. Denn, davon ist sie überzeugt: „Eine andere Welt ist möglich!" Eine Welt, in der es gerecht zugeht und in der unsere Lebens- und Wirtschaftsweise im Einklang mit der Natur steht. Ein inspirierendes und motivierendes Buch, sehr empfehlenswert!

Vandana Shiva, Lionel Astruc: „Eine andere Welt ist möglich. Aufforderung zum zivilen Ungehorsam", Oekom Verlag, 192 Seiten, ISBN 978-3-96238-134-9, 20,00 €.

Erklärung zur Situation in Afghanistan

Nachfolgend eine Erklärung des Bund für Soziale Verteidigung (BSV) vom 17.08.2021, also zwei Tage nachdem die Taliban in Afghanistan die Macht endgültig übernommen haben.

Mit Schrecken blicken wir in diesen Tagen nach Afghanistan. Die Freude über den längst überfälligen Abzug der internationalen Truppen, den die Friedensbewegung seit so vielen Jahren gefordert hat, ist der Sorge um die vielen Menschen gewichen, die jetzt vor den Taliban zu fliehen versuchen und um ihr Leben fürchten. Zu ihnen gehören nicht nur diejenigen, die für das internationale Militär oder für andere staatliche Einrichtungen der Besatzer gearbeitet haben. Zu ihnen gehören auch viele Menschen aus der Zivilgesellschaft – besonders auch die Frauen, die nach dem Ende der Taliban-Herrschaft angefangen hatten, private und berufliche Freiheit für sich zu erobern. Menschen, die sich darauf verlassen hatten, dass der Wandel nachhaltig sein und nicht von heute auf morgen grundsätzlich infrage gestellt würde.

„Es muss deutlich gesagt werden: Der eigentliche Fehler – das eigentliche Verbrechen – war der Überfall auf Afghanistan 2001", sagt Dr. Christine Schweitzer, die Geschäftsführerin des *Bund für Soziale Verteidigung*. „Er hat nicht nur über zwei Billionen US-Dollar gekostet, sondern das Leiden der Menschen in Afghanistan verstärkt, Hass gesät und Konflikte unter den Volksgruppen Afghanistans weiter angeheizt. Was

jetzt geschieht, ist die Ernte von zwanzig Jahren, in denen man meinte, Toleranz, Akzeptanz grundlegender Menschenrechte und Demokratie durch Gewehre und Drohnen erzwingen zu können." Gerechtfertigt wurde der Angriff auf Afghanistan 2001 durch die Attentate des 11. Septembers und die Behauptung der Geheimdienste, dass Bin Laden von der Taliban-Regierung unterstützt und versteckt werde. (Gefunden und ermordet wurde er von US-Truppen dann allerdings in Pakistan.) Der Preis war immens: Es wird geschätzt, dass zwischen 2001 und 2021 mindestens 38.000 Zivilist*innen in dem Krieg getötet wurden; eine andere Quelle spricht von 78.000. Wie viele afghanische Kombattanten auf Seiten der Taliban und anderer Milizen ums Leben kamen, wird nicht genannt; bei Polizei und Militär der afghanischen Regierung wird von jährlich 10.000 gesprochen; bei den internationalen Truppen gab es rund 3.000 Opfer insgesamt.

Der Truppenabzug nach 20 Jahren war überfällig. Es war abzusehen, dass es die Taliban sein würden, die das entstehende Gewaltvakuum füllen würden. Über die Korruption in der Regierung und die schwankenden Loyalitäten bei den insbesondere auch von Deutschland mit immensem Aufwand ausgebildeten afghanischen Sicherheitskräften wusste man doch schon seit Jahren. Hat man wirklich geglaubt, dass sie die Taliban militärisch in Schach würden halten können? Und, wenn über kurz oder lang sowieso von ihrer Niederlage ausgegangen wurde, warum hätten sie erst noch verlustreiche Kämpfe führen sollen?

Dass die Evakuierungen der sog. Ortsmitarbeiter und ihrer Familien so spät begann, ist ein Vorwurf an die Bundesregierung. „Einmal mehr scheint es, dass die deutsche Innenpolitik, insbesondere die Sorge unserer Politiker*innen vor einer neuen Welle von Geflüchteten, die Politik leitete. So hat man, als noch Zeit gewesen wäre, die Ausreise von denjenigen, die während der Besatzung für die Deutschen gearbeitet haben, verschleppt", meint Schweitzer. „Jetzt haben diejenigen, die nicht in Kabul, sondern in einer der Provinzen leben, überhaupt keine Chance mehr, zu fliehen; und ob es denjenigen gelingt, die das Privileg haben, in Kabul zu sein, werden die nächsten Tage zeigen."

Die Drohung von Außenminister Maas von letzter Woche, dass die deutsche Regierung Kabul die Mittel für den zivilen Wiederaufbau streichen werde, sofern die Taliban die Macht übernähmen, wirkt genauso hilflos wie unsinnig. Es geht hier nicht um Hilfe an die Taliban. (Sie haben indirekt schon genug Hilfe bekommen – viele Waffen gelangten von den westlichen Länder in ihre Hände, wie schon seit spätestens 2009 bekannt ist.) Es geht um Hilfe für die Menschen in Afghanistan. Sie wird nicht dadurch weniger wichtig, dass jetzt eine neue Regierung das Sagen hat, so sehr man deren Politik und Ausrichtung auch ablehnen mag. Dass verschiedene internationale und deutsche Hilfswerke das Land nicht verlassen und anscheinend auch in den Regionen, die von den Taliban kontrolliert werden, weiter arbeiten können, ist hier eine ermutigende Information, ebenso wie das Weitersenden des TV-Senders TOLO-News. Angesichts der Herrschaft der Taliban vor 2001 ist es schwierig, Vertrauen in ihre



Provinz Kunar, Afghanistan: Soldaten der US-Armee beobachten die umliegenden Hügel wegen Aufständischen.

Erklärungen zu haben, dass sie Kollaborateure mit den internationalen Truppen nicht verfolgen würden und dass alle Mitarbeiter*innen des Gesundheitswesens – ausdrücklich auch die weiblichen – ihre Arbeit weiter tun sollten. Aber sie sollten auch nicht unbesehen verworfen werden. Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, ob den Worten auch Taten folgen. In der Zwischenzeit ist es wichtig, die Situation sorgfältig zu beobachten und Informationen gründlich zu prüfen, auch um Gerüchten oder bewussten Falschmeldungen, die lanciert werden könnten, entgegenzuwirken.

Für die deutsche Regierung sollte jetzt vorrangig sein:

- Evakuierung und Aufnahme aller Menschen, die aus Afghanistan fliehen müssen.
- Keine Abschiebungen nach Afghanistan und auch nicht, wie vom österreichischen Innenminister vorgeschlagen, in „Abschiebezentren in der Region rund um Afghanistan".
- Fortführung der humanitären Hilfe; kein Sanktionsregime, das Not und Elend im Lande vergrößern würde. Humanitäre Hilfe darf nicht für politische Zwecke missbraucht werden.
- Keine neue Invasion von NATO- oder US-Truppen in Afghanistan.
- Diplomatische Bemühungen und Unterstützung von Vermittlungsbemühungen der Länder, die Einfluss auf die Taliban haben könnten – von Pakistan, der Türkei und Iran bis China und Russland.
- Aus den Fehlern des Afghanistankrieges lernen und die anderen internationalen Kampfeinsätze der Bundeswehr beenden.

In dieser Rundbrief-Veröffentlichung haben wir die Fußnoten weggelassen, die der Veröffentlichung auf der Lebenshaus-Website eingefügt sind. Siehe: https://ogy.de/d6p2

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
IBAN:
DE36 4306 0967 8023 3348 00
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

ffuenf
code • design • e-commerce

Bildnachweise:

Fridays for Future TÜ, 13

Shutterstock, 14

Wikipedia, 2, 12, 15

Lebenshaus, alle weiteren

Wie nie zuvor in der Geschichte
liegt unser gemeinsames Schicksal
in unseren Händen:
Wir müssen uns entscheiden,
ob wir denselben Weg einschlagen,
der uns in den Abgrund führt,
oder ob wir ihn ändern und
eine Zukunft für alle garantieren,
die sparsamer, solidarischer und
fürsorglicher für die Natur und
unser gemeinsames Haus ist.

Leonardo Boff